



Antrag

—

Fraktion AfD

Frieden in Europa sichern, deutsche Interessen wahren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung um Einsatz für eine friedenssichernde Politik mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und darum, darauf hinzuwirken, dass nachstehende Forderungen umgesetzt werden:

1. Die entschlossene und methodische Umsetzung der Minsker Vereinbarungen im Rahmen der Gespräche im Normandie-Format.
2. Einen umfassenden und innovativen Dialog zu gewährleisten, der neue Garantien und eine gemeinsame Basis für die Sicherheitsstabilität auf unserem Kontinent ermöglicht.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die Grundlage für die Sicherung des Friedens in Europa nicht gegen, sondern nur mit der Russischen Föderation und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der europäischen Staaten möglich ist.

Begründung

Die aktuelle außenpolitische Situation in Europa bereitet den Bürgern und Unternehmen in Europa zunehmend Sorge. Die Sicherheitslage ist zunehmend angespannt. Seit dem Ende des Kalten Krieges standen sich in Europa nicht mehr so viele Soldaten von unterschiedlichen Militärblöcken gegenüber.

Auf der einen Seite will die NATO die Osterweiterung weiter vorantreiben und die Europäische Union die Ukraine als Beitrittsland gewinnen.

Auf der anderen Seite sieht sich die Russische Föderation massiv in ihren Sicherheitsinteressen gefährdet, da eine Aufnahme der Ukraine in die NATO für Russland ein Sicherheitsrisiko darstellt. Die Ukraine sollte auf Drängen der USA, damals unter Präsident Bush, bereits 2008 NATO-Mitglied werden. Dies scheiterte jedoch an dem Widerstand von Deutschland, unter der Kanzlerin Merkel, und Frankreich, mit dem damaligen Präsidenten Sarkozy.

Um eine weitere Eskalation und einen weiteren Anstieg der Truppen auf der russischen Seite und der ukrainischen Seite zu verhindern, ist es wichtig, dass sich alle Beteiligten vor Augen führen, welches Ausmaß eine Kriegshandlung in Europa hat. Es würde zu einer humanitären, einer wirtschaftlichen und diplomatischen Katastrophe kommen. Dies gilt es, mit allen Mitteln zu verhindern. Hier müssen Deutschland und Frankreich als Vermittler zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine auftreten.

Ein Weiter-Drehen-Lassen an der Eskalationsspirale darf für Deutschland keine Option sein, denn wir wollen in Frieden und Freiheit mit allen Ländern in freundschaftlicher Partnerschaft leben. Weiterhin sollten wir die massiven wirtschaftlichen Folgen für unser Land nicht aus den Augen verlieren. Daher ist die Politik gefordert, sich im diplomatischen Wege auf eine Lösung des Konfliktes zu konzentrieren.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender